

12.12.90

Unterrichtung

durch das Europäische Parlament

EntschlieÙung zur Tagung des Europäischen Rates vom 27. und 28. Oktober 1990 in Rom

Das Europäische Parlament,

- A. in Kenntnis der Schlußfolgerungen der Präsidentschaft des Europäischen Rates, der am 27. und 28. Oktober 1990 in Rom stattfand, insbesondere des Beschlusses, die beiden Regierungskonferenzen über die Wirtschafts- und Währungsunion sowie über die Politische Union am 14. Dezember 1990 zu eröffnen;
- B. unter Hinweis auf seine am 25. Oktober 1990 angenommene EntschlieÙung (Dok. B3-1881 + 1889/90)
- C. unter Hinweis auf die Berichte HERMAN (Dok. A3-99/90), MARTIN (Dok. A3-281/90) und (Dok. A3-270/90), GISCARD D'ESTAING (Dok. A3-267/90, GOEDMAERKS (Dok. A3-233/90) und COLOM Y NAVAL (Dok. A3-317/90), die am 21. November 1990 angenommen wurden,
- D. in der Erwägung, daß es angesichts der Entwicklung der europäischen Einigung und der Ausweitung der gemeinschaftlichen Zuständigkeiten einen Rückschritt bedeutet, daß sich die Situation des Europäischen Parlaments im Vergleich zur Regierungskonferenz über die Einheitliche Akte nicht verbessert hat,
- 1. bringt seine Unzufriedenheit mit der unzureichenden Beteiligung des Europäischen Parlaments an der Veranstaltung und am Verlauf dieser Konferenzen zum Ausdruck;

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments - 34211 - vom 10. Dezember 1990. Das Europäische Parlament hat die EntschlieÙung in der Sitzung am 23. November 1990 angenommen.

2. nimmt zur Kenntnis, daß sich der Europäische Rat verpflichtet hat, die Reform der Verträge im Hinblick auf die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie der Politischen Union fortzuführen; erinnert daran, daß auf der letzten Regierungskonferenz (Einheitliche Akte) beschlossen wurde¹:

- alle Vorschläge, die das Parlament ihr unterbreitet, zu prüfen,
- anlässlich der Konferenztagungen mit dem Präsidenten des Parlaments und etwaigen Personen in seiner Begleitung zusammenzutreffen,
- das Ergebnis ihrer Arbeiten dem Parlament zu unterbreiten;

bedauert, daß der Vorschlag des Rates hinter diesem Präzedenzfall zurückbleibt;

3. fordert, daß die Texte des Europäischen Parlaments von den Konferenzen gleichrangig mit den Vorschlägen der anderen Europäischen Institutionen geprüft werden; verweist auf seine Forderung, daß ihm die Ergebnisse der Konferenzen im Hinblick auf die Erzielung eines globalen Einverständnisses unterbreitet werden;
4. begrüßt die Haltung von 11 Mitgliedstaaten in bezug auf die Konzeption der Endstufe der Wirtschafts- und Währungsunion; hält es für notwendig, die Politiken und die institutionellen und haushaltsmäßigen Mittel für die Verwirklichung einer realen und nominalen Konvergenz in der Gemeinschaft festzulegen;
5. fordert den Rat auf, seine entschlossene Haltung in der Golfkrise beizubehalten und sich mit allen Mitteln weiterhin für eine friedliche und diplomatische Lösung unter Einhaltung der UN-Resolutionen einzusetzen, in denen der bedingungslose Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait und die unverzügliche Freilassung der Geiseln gefordert wird; fordert den Rat ferner auf, bei der notwendigen Suche nach einer Lösung für den Mittleren Osten die gleiche Entschlossenheit zu zeigen; unterstützt darüber hinaus den Beschluß des Rates, die UNO und die Außenminister der Maghreb-Länder aufzufordern, Schritte zu unternehmen, um die irakischen Behörden dazu zu veranlassen, alle Geiseln freizulassen;
6. fordert die im Rahmen der EPZ zusammentretenden Außenminister auf, Vorschläge zu unterbreiten, um die eigentlichen Ursachen der Krisen im Nahen Osten und in der Mittelmeerregion zu bekämpfen und die Probleme, die eine ständige Bedrohung des Friedens darstellen, zu lösen und eine internationale Konferenz über den Frieden im Mittelmeerraum und im Nahen Osten auf der Grundlage der UN-Resolutionen und des Völkerrechts anzustreben;
7. appelliert erneut an die Mitgliedstaaten, auf dem nächsten Gipfel der KSZE in Paris, eine aktive Rolle zu spielen und mit einer Stimme zu sprechen, und hofft, daß sie sich für die Institutionalisierung dieser Konferenz und für die Schaffung eines über das System der Blöcke hinausgehenden Sicherheitssystems in Europa einsetzen werden; betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen, die durch die Unterzeichnung einer transatlantischen Erklärung zwischen der EG, den Vereinigten Staaten und Kanada konkrete Gestalt annehmen sollen;

¹ Schreiben von Herrn POOS, Ratspräsident und Vorsitzender der Konferenz, an Herrn PFLIMLIN, Präsident des Europäischen Parlaments.

8. begrüßt den vom Europäischen Rat geäußerten Wunsch, die Solidarität der Gemeinschaft mit der UdSSR unter Beweis zu stellen, ist jedoch besorgt wegen der eingetretenen Verzögerungen; fordert konkrete Maßnahmen für die UdSSR, die Länder Ost- und Mitteleuropas sowie für die Länder Asiens, Lateinamerikas, die AKP-Staaten und die Mittelmeerländer;
9. bedauert, daß der Rat das Europäische Parlament nicht zur Festlegung und Durchführung der Außenpolitik der Gemeinschaft, insbesondere was die neuen Leitlinien für Lateinamerika, Asien und den Mittelmeerraum betrifft, konsultiert; fordert gemäß den Verträgen, daß das Europäische Parlament in vollem Umfang an der Außenpolitik beteiligt und offiziell hierzu konsultiert wird;
10. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschliebung den Präsidenten und Staatsehefs der Mitgliedstaaten, dem Rat, der Kommission und den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

Enrico VINCI
Generalsekretär

Siegbert ALBER
Vizepräsident